Parlamentarische Vorstösse von Frauen

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **32 (1976)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845619

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

und keinen Wahlzettel in die Urne warfen. 3930 Stimmberechtigte taten dasselbe bei den Ständeratswahlen.

In jedem der zwölf Stadtkreise wohnen mehr stimmberechtigte Frauen als Männer. Am grössten ist der ‚Frauenüberschuss' im Stadtkreis 7, wo 15 351 stimmberechtigten Frauen nur 9508 Männer gegenüberstehen. Nur in den Stadtkreisen 4 und 5 gingen weniger Frauen als Männer an die Urnen. In allen übrigen Kreisen machten zahlen-, nicht aber prozentmässig mehr Frauen von ihrem Stimmrecht Gebrauch als Männer.»

Stadtkreise	Stimmberechtigte		Abgegebene Stimmrechtsausweise	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1	2 383	2 832	1 064	1 210
2	9 230	12 568	5 677	6 596
3	13 847	18 670	7 641	8 685
4	7 704	9 216	3 701	3 673
5	3 024	3 183	1 340	1 172
6	10 053	14 304	6 065	7 244
7	9 508	15 351	6 226	8 803
8	4 680	7 177	2 732	3 395
9	13 602	17 208	7 744	7 908
10	9 950	13 590	6 143	6 799
11	15 472	19 416	8 280	9 081
12	8 943	11 000	4 410	4 552
	108 396	144 515	61 023	69 118

Diesen Angaben in der «TAT» wäre beizufügen, dass es keineswegs die Absicht der Frauenorganisationen ist, die Männer zu «beherrschen». Sie wollen lediglich erreichen, dass die Frauen bei der Lenkung unseres Staatswesens und beim Treffen wichtiger Entscheidungen angemessen vertreten sind. Im Hinblick auf dieses Ziel zeigen die Zahlen, dass nicht nur bei den Männern, sondern bei den Frauen selbst noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten sein wird. Trotzdem in der Stadt Zürich mehr Frauen zur Urne gingen als Männer — für das Kantonsgebiet fehlen solche Zahlen —, wird unser Kanton in der Grossen Kammer in Bern durch 30 Männer und nur 5 Frauen vertreten.

Eine andere aus den Zahlen ersichtliche Aussage ist erfreulicher: Die Stimm- und Wahlbeteiligung der Frauen ist nicht so schlecht, wie oft behauptet wird. Dass prozentmässig weniger Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten als Männer, ist ganz sicher auf die Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen. Durch die längere Lebenserwartung der Frau ist ihr Anteil an den über 65jährigen viel grösser als an den jüngeren Jahrgängen. Und viele Frauen, die erst im Alter von über 60 Jahren das Stimm- und Wahlrecht erhielten, wollen sich mit Fragen, zu denen ihnen der Zugang immer verschlossen blieb, nicht mehr beschäftigen lernen. Zuverlässige Schlüsse auf die Stimmbeteiligung der Frau lassen sich erst ziehen, wenn der weibliche Teil der Stimmbürger ebenso selbstverständlich in seine Aufgabe hineingewachsen ist wie der männliche.

M. B.

Parlamentarische Vorstösse von Frauen

Mehr Frauen in Führungsgremien

Im Nationalrat haben **Helen Meyer** (CVP), Zürich, und 18 Mitunterzeichner ein Postulat eingereicht, mit welchem eine bessere Vertretung der Frauen in den Führungsgremien bundeseigener Betriebe ver-

langt wird. Der Bundesrat wird eingeladen, vakante Posten im Sinne des heutigen Partnerschaftsprinzips zu besetzen. Nach den Ausführungen von Helen Meyer besitzt der Bund gegenwärtig 17 Unternehmungen mit Verwaltungsräten beziehungsweise verwaltungsrats- oder vorstandsähnlichen Kommissionen. 14 dieser Führungsgremien, wie zum Beispiel SBB und PTT, sind reine Männerreservate. Den insgesamt 271 Männern in den 17 Führungsgremien stehen lediglich 4 Frauen gegenüber. Nicht viel besser ist der Anteil der Frauen in den ausserparlamentarischen Kommissionen: Von den total 215 Gremien wurden nur 64 Frauen zur Mitarbeit beigezogen, 2986 Männer und 149 Frauen wirken in allen diesen Kommissionen mit.

Für Doppelbesetzung von Lehrerstellen

Ein Postulat, das die Möglichkeit der Doppelbesetzung von Primarlehrerstellen fordert, wurde von der Zürcher Kantonsrätin **Leni Oertli** (EVP), Bülach, eingereicht. Wie die Postulantin in der Begründung ihres Vorstosses ausführte, käme die Erlaubnis zu einer Zweierbesetzung verschiedenen Lehrergruppen entgegen. Da wären einmal die jungen Lehrer, für die sich die Zusammenarbeit mit einem älteren, erfahrenen Kollegen fruchtbar auswirken würde. Aber auch verheiratete Lehrerinnen, deren Kinder bereits grösser sind, oder alleinstehende Mütter, für welche eine volle Lehrerstelle eine zu grosse Belastung wäre, könnten auf diese Weise beruflich integriert werden. In einer Phase des Lehrerüberflusses könnte durch die Doppelbesetzung einer Lehrerstelle zwei Lehrkräften ein wenn auch bescheidenes Auskommen gesichert werden. Die halbe Besoldung dürfte für den Lebensunterhalt eines ledigen, jungen Lehrers genügen.

Weitere Vorstösse im Kantonsrat . . .

Zusammen mit anderen Ratsmitgliedern hat Leni Oertli zudem eine Motion und eine parlamentarische Initiative eingereicht. In der Motion wird der Regierungsrat ersucht, gesetzliche Bestimmungen über das Krippenwesen analog denjenigen über Jugendheime und Pflegekinderfürsorge vorzuschlagen. Damit wird eine qualitative Verbesserung des Krippenwesens unter Berücksichtigung der pädagogischen, sozialen, organisatorischen und finanziellen Aspekte bezweckt. Die Initiative sieht die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage über die kantonale Arbeitslosenhilfe (ALH) vor.

Ein Anliegen, mit dem sich unser Verein auch schon befasst hat, wurde von **Selma Gessner** (SP), Zürich, aufgegriffen. In einer Motion fordert sie, dass Mädchen und Knaben in der Volksschule die gleiche Ausbildung erhalten und die gleiche Zahl obligatorischer Stunden zu besuchen haben sollten. Beiden Geschlechtern müssten die gleichen Freifächer angeboten werden, wobei der handwerklichen und musischen Förderung der Schüler vermehrt Beachtung zu schenken wäre.

Überdies setzt sich Selma Gessner mit einem Postulat für die Abänderung der Einbürgerungspraxis im Kanton Zürich ein. Ausländische Ehepaare haben bei ihrer Einbürgerung eine Gebühr zu bezahlen, und diese Gebühr wird auch dann auf das Gesamteinkommen berechnet, wenn die Ehefrau Schweizerin ist. Die Postulantin ersucht den Regierungsrat, die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit in Zukunft ein mit einer Schweizerin verheirateter Ausländer die vom Kanton erhobene Einbürgerungsgebühr nur noch auf Grund seines persönlichen Gesamteinkommens zu entrichten habe.

Monika Weber (LdU), Zürich, und ein Mitunterzeichner sind bestrebt, dass künftig jeder Bürger in unserem Kanton mit dem Erreichen der Mündigkeit mindestens während eines Jahres einen staatsbürgerlichen Unterricht absolviert hat. In einem Postulat fordern sie, dass die Lehrpläne der Oberstufe der Volksschule durch das obligatorische Fach «Staatskunde und Gegenwartsfragen» zu ergänzen und die Ausbildungsprogramme der für die Lehrerbildung verantwortlichen Institutionen entsprechend anzupassen seien. Auch das Lehrmittelangebot müsste vervollständigt werden. Ferner regen sie die Ausarbeitung eines Gesetzes über den staatsbürgerlichen Unterricht an, der unter anderem sogenannte Neubürgerkurse auch für Gattinnen von sich einbürgernden Ausländern sowie für die ausländischen Gattinnen von Schweizern obligatorisch erklären würde.

Verena Grendelmeier (LdU), Zürich, nimmt sich in einem Postulat der Behinderten, insbesondere auch der psychiatrischen Patienten, an, die von der Rezession besonders hart getroffen werden. Sie ersucht den Regierungsrat um Ergreifung von Massnahmen zur Erhaltung von entsprechenden Arbeitsplätzen und zur Arbeitsbeschaffung für geschützte Werkstätten.

... und im Zürcher Gemeinderat

In einer Interpellation verlangt **Fanny Messmer** (SP) Auskunft über die Gründe für ein Fristerstreckungsgesuch in bezug auf die Arbeitslosenversicherung. Zur dringend nötigen Verbesserung der Arbeitslosenversicherung hat der Kanton die Einkommensgrenze des Obligatoriums auf 36 000 Franken erhöht und den Gemeinden zur Durchführung Frist bis Ende 1975 gesetzt. Die Stadt Zürich soll um Erstrekkung dieser Frist bis Mitte 1976 ersucht haben, was angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen und der nur bis Ende 1975 gültigen erleichterten Aufnahmebedingungen von der Interpellantin als nicht verantwortbar betrachtet wird.

In einer weiteren Interpellation regt **Doris Morf** (SP) zusammen mit einem anderen Ratsmitglied die Koordination der Anstrengungen um die Neugestaltung des Limmatraumes an. Die früheren Bemühungen der Verwaltung werden heute auch von privater Seite, vor allem von Geschäftsvereinigungen, unterstützt, und die Interpellanten bezeichnen eine Zersplitterung der Planungsarbeiten und den vervielfachten finanziellen Aufwand dafür als wenig sinnvoll.

Und schliesslich will **Wally Widmer** (NA) durch eine Schriftliche Anfrage erfahren, ob die Möglichkeit bestehe, für alleinstehende Frauen und Mütter vermehrt preisgünstige Zwei-Zimmer-Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Einem Vortrag von Stadträtin Dr. Emilie Lieberherr hat die Gemeinderätin entnommen, dass in unserer Stadt 52 862 alleinstehende Frauen im Alter von über 40 Jahren leben, die alle finanzielle Schwierigkeiten hätten; viele davon seien auf Zimmermiete und auf einen einzigen Raum angewiesen.

Mutationen in den Parlamenten

Im Nationalrat

Nur wenige Wochen nach einer ehrenvollen Wiederwahl sah sich **Hanna Sahlfeld** (SP), St. Gallen, veranlasst, auf Ende 1975 ihren Rücktritt aus dem Nationalrat anzumelden. Wie Pressemeldungen zu entnehmen war, musste der Ehemann von Hanna